



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Dr. Marcel Huber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/7995, 18/8910

Versammlungsfreiheit und Hygienemaßnahmen in Zeiten von Corona in Einklang bringen

Der Landtag begrüßt, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern die Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung der Corona-Krise als richtigen Lösungsansatz empfindet. Die Maßnahmen des Infektionsschutzes werden von den allermeisten akzeptiert und beachtet. Die hohe Akzeptanz ist auch auf eine transparente Darstellung der Vorgehensweise der Staatsregierung und der ständigen Information der Öffentlichkeit über Presse, TV, Rundfunk und die sozialen Medien zurückzuführen.

Der Landtag betont, dass sowohl die Meinungsfreiheit, als auch die Versammlungsfreiheit hohen Stellenwert in unserem Land genießen und es in unserer Demokratie jedem freisteht, auch in der Corona-Krise mit Blick auf die getroffenen staatlichen Maßnahmen seine Auffassung zu vertreten.

Allerdings sieht der Landtag mit Sorge, dass in den sozialen Medien sowie auf Versammlungen mittlerweile auch diffuse Verschwörungsfantasien und Fake-News zur Corona-Pandemie zu finden sind, die zu Verunsicherung führen können und unbegründete Ängste schüren.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag zeitnah zu berichten, wie sich derzeit der Zugang zu Informationen für die Bevölkerung sowie der aktive Aufklärungs- und Informationsfluss ausgestalten. Weiterhin soll über den Ablauf der Versammlungen der vergangenen Wochenenden und über den entsprechenden Umgang mit Hygienemaßnahmen berichtet werden.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident